

Arbeitsblatt H.I.1.

Texte: „Unterschiedliche Formen der Gehorsamsverweigerung“

1. Text: „Aufstand“

Ein Aufstand ist eine organisierte, politisch motivierte Form der Gesetzesüberschreitung durch Gruppen, die sich zum Ziel gesetzt haben, das Regime oder geltende Gesetze direkt oder indirekt zu ändern. Rebellionen finden meist statt, wenn die Kluft zwischen den Erwartungen der aufständischen Gruppe und der Realität zu groß ist. Zur Zeit des Aufstands werden die geltenden Gesetze eines Staates missachtet. Aufständische greifen zu unterschiedlichen Mitteln – zu Terror, Guerillakrieg, zu verschiedenen Formen des politischen Protests und zivilen Ungehorsams. Manchmal wird zwischen Aufstand, Rebellion und Revolution unterschieden. Aufstände wollen nicht immer extrem andere Regierungsformen oder völlig andere gesetzliche und gesellschaftliche Lösungen herbeiführen. Sie sind keine Revolutionen, die grundlegende Veränderungen beabsichtigen. Da Aufständische nicht immer unbedingt die herrschende Regierungsspitze absetzen wollen unterscheiden sie sich von Revolutionär_innen, die Regierungen oder Herrscher stürzen wollen.

Außerdem meint der Begriff „Aufstand“ auch Rebellionen und Revolutionen. Ausgerechnet dieses breite, umfassende Begriffsverständnis führt zu einer beinahe völligen Trennung zwischen zivilem Ungehorsam und Rebellion, macht sie zu separaten Begriffen. Ziviler Ungehorsam respektiert bestehende Gesetze, möchte bestimmte Gesetze oder eine spezifische Politik verändern. Selbst wenn es an empirischen Daten fehlt, ist der Unterschied zwischen zivilem Ungehorsam und Rebellionen groß. Niemand kann sagen, nach wie vielen missachteten Gesetzen ziviler Ungehorsam aufhört und Rebellion, Aufstand oder Revolution beginnen.

2. Text: „Protest“

Legale politische Proteste sind etwas anderes als ziviler Ungehorsam. Sie brechen keine Gesetze, weshalb sie (zumindest für Demokratien) unproblematisch sind. Proteste sind Reaktionen der Öffentlichkeit auf bestimmte Sachverhalte oder Situationen, die von Gesetzen oder bestimmten Verfahrensweisen hervorgerufen wurden. Die protestierenden Bürger und Bürgerinnen empfinden sie als problematisch für sich und ihr Umfeld. Vor allem politisch machtlose – oder mit begrenzter politischer Macht ausgestattete – Einzelpersonen oder Gruppen greifen auf unterschiedliche Formen des Protests zurück. Alle üblichen politischen Aktivitäten sind gescheitert, unmöglich oder wirkungslos geblieben. Proteste richten sich gegen vom politischen oder gesellschaftlichen Establishment anerkannte Einrichtungen, Personen, Gesetze, Phänomene, Prozesse oder politische Verfahren. Proteste sind politische Handlungen, mit denen Meinungen, Spannungen und Frustration unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden. Proteste fungieren als Druckmittel, um politische Forderungen mit Nachdruck zu stellen und Veränderungen durchzusetzen.

In Deutschland gibt es das sogenannte Widerstandsrecht. Dieses ist in Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz geregelt und besagt folgendes: „Gegen jeden, der es unternimmt diese Ordnung (die verfassungsmäßige, Anmerkung der Adaptor_innen) zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Legale Proteste sind meist außerparlamentarische Aktivitäten, die von den Spielregeln der Demokratie zugelassen werden. Sie artikulieren sich in Form von Demonstrationen, Streiks, öffentlichen Kundgebungen, Protestständen mit Unterschriftensammlungen, durch Petitionen, öffentliche Debatten, durch „legitime“ Störung der öffentlichen

Ordnung und Nutzung der Medien. Illegale Proteste übertreten Gesetze, stören die öffentliche Ordnung auf „nicht legitime“ Weise und brechen demokratische Spielregeln. Sie rufen zum Boykott der Regierung auf, lehnen staatliche Dienstleistungen ab oder weigern sich, staatsbürgerliche Pflichten zu erfüllen (wie Militärdienst, Steuerzahlungen oder das Erscheinen vor Gericht). Illegale Protestformen sind aber auch Hungerstreik oder gewaltsame Aktivitäten wie Straßenblockaden durch brennende Reifen, Bombendrohungen u. a.

Die genaue Grenze zwischen unmissverständlichen demokratischen Protesten (ziviler Ungehorsam), legitimem politischem Protest und antidemokratischen Protesten lässt sich nur schwer festlegen. Oft gelten Protestaktionen, bei denen zwar zu ungesetzlichen Schritten gegriffen wird, die aber den Rechtsstaat, die Demokratie und die bestehende Regierung nicht anfechten, nicht als antidemokratisch. Hier handelt es sich nicht wirklich um einen Aufstand, sondern eher um zivilen Ungehorsam. Andererseits kann ziviler Ungehorsam auch an rechtmäßige politische Proteste grenzen. Politische Proteste gelten heute allgemein – zumindest in westlichen Gesellschaften – als legitimes, in den grundlegenden Menschenrechten verankertes Mittel.

Da politischer Protest mit demokratischen und liberalen Prinzipien vereinbar ist, wird er nicht gleich negativ bewertet. Proteste machen eine Regierung und Regierungseinrichtungen auf öffentliche Missstände wie unzureichende Gesetze oder eine verzerrte Politik aufmerksam. Proteste können auch als Sicherheitsventil fungieren, mit dem Dampf abgelassen und das Weiterbestehen von Gesellschaft und Rechtswesen garantiert wird. Daher „rentiert“ es sich für Regierungen, Proteste zuzulassen. Sie „schaden“ kurzfristig, sorgen langfristig jedoch für Stabilität. Gegner von zivi-

lem Ungehorsam benutzen erlaubte Protestaktionen als ein Feigenblatt: Sie verweisen darauf, dass Demokratien Protest zulassen. Dieser demokratische Protest hat klare Regeln, weshalb sie ihn für legitim und legal halten. Bestimmte Gesetze oder politische Verfahren, die als ungerecht empfunden werden, könnten schließlich auf dem Rechtsweg revidiert oder durch Einflussnahme auf die öffentliche Meinung korrigiert werden. Deshalb sei ziviler Ungehorsam überflüssig.

Dieser Ansicht widersprechen folgende Behauptungen: Alle rechtmäßigen Protestformen können unter gewissen Umständen an Einfluss verlieren (nach dem Motto: „Was kümmert es den Mond, wenn ihn die Hunde anbellern“). Dann hilft nur illegaler ziviler Ungehorsam. Außerdem haben sich Regierungen an herkömmliche Protestformen gewöhnt und darauf eingestellt. Deshalb sind diese weniger effektiv als ziviler Ungehorsam. Die breite Öffentlichkeit ist oft abgestumpft und hat genug von Protesten, die meist nicht einmal auf Gehör stoßen. Ziviler Ungehorsam könnte Menschen wieder aufhorchen lassen und sie Dinge ändern lassen, bevor es zu spät ist.

3. Text: „Ungehorsam aus Gewissensgründen“

Es ist wichtig, zwischen zivilem Ungehorsam und moralischem Ungehorsam zu unterscheiden. Beide Begriffe werden oft miteinander verwechselt, obgleich sie ganz anderen Kategorien angehören. Widerstand gegen das Gesetz, der aus Gewissensgründen geleistet wird, ist moralisch motiviert. Dabei handelt es sich um die Tat einer Privatperson, die sich weigert, bestimmte Gesetze mit ihrer Meinung nach negativen moralischen Konsequenzen teilweise oder ganz zu befolgen. Menschen, die Gesetze nicht einhalten, weil ihr Gewissen sie daran hindert, berufen sich auf moralische Werte, die über Gesetzen stehen. Diese übergeordneten

Werte und Normen können religiös oder auch humanistisch-atheistisch sein. Jemand, der Gesetze aus Gewissensgründen nicht einhält, ist der Meinung, dass auch der Staat diesen übergeordneten moralischen Normen untersteht und nicht konträr zu derart grundlegenden Werten entscheiden darf. Staatliche Gesetze brauchen die Zustimmung der Mitglieder eines menschlichen Kollektivs. Deshalb können staatliche Gesetze auch keine absolute Geltung beanspruchen.

Ziviler Ungehorsam kann auch aus moralischen Gründen erfolgen. Doch wie sein Name bereits sagt, handelt es sich hierbei zunächst einmal um öffentlichen zivilen Protest, der auf Bürgerinnen und Bürgerverantwortung zurückgeht. Ziviler Ungehorsam will ein Gesetz oder eine bestimmte Politik ändern, mit der die Protestierenden nicht einverstanden sind. Das Beibehalten der eigenen moralischen Integrität kann ein weiterer Grund für zivilen Ungehorsam sein, muss aber nicht zwangsläufig gegeben sein. Dagegen ist moralische Integrität für Ungehorsam aus Gewissensgründen integraler Bestandteil seiner Motivation. Initiatoren von zivilem Ungehorsam gehen nicht zwingend von einem anderen oder konträren Wertesystem aus. Darin unterscheiden sie sich von Menschen, die Ungehorsam aus Gewissensgründen ausüben.

Ziviler Ungehorsam ist ein politischer Akt – eine öffentliche Handlung, ausgerichtet auf politischen Erfolg. Bei Ungehorsam aus Gewissensgründen geht es um das moralische Handeln einer Privatperson. Bestimmte Gesetze werden direkt angegriffen, während ziviler Ungehorsam auch indirekt sein kann. Bei zivilem Ungehorsam wird nicht immer nur das unakzeptable Gesetz selbst bekämpft, sondern auch akzeptable Gesetze, um die öffentliche Meinung auf eine schädliche Regierungspolitik aufmerksam zu machen.

4. Text: „Ziviler Ungehorsam“

Ziviler Ungehorsam ist ein politischer Akt, der ein bestimmtes Gesetz überschreitet. Doch geht es bei zivilem Ungehorsam nicht zwingend um dieses Gesetz an sich. Im Gegenteil: Der Initiator des Ungehorsams würde lieber innerhalb des gesetzlichen Rahmens operieren und sein Vorgehen legitimiert sehen. Die Missachtung von Gesetzen ist ein wesentliches Kriterium von zivilem Ungehorsam, allerdings nur Mittel zum Zweck. Ziviler Ungehorsam ist extremer Ausdruck des Protests und des Wunsches, die Gesetzgebung oder eine bestimmte Politik zu ändern, die der Initiator des Ungehorsams ändern will. Der Wunsch, innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu bleiben, läuft parallel zu dem Wunsch, die Legitimation für die Überschreitung eines bestimmten Gesetzes zu erhalten. Ziviler Ungehorsam ist nicht darauf ausgerichtet, die Regierung zu stürzen oder das gesamte Rechtswesen zu verändern. Er will Einfluss nehmen und gegen spezifische Missstände protestieren. Ziviler Ungehorsam kann Erfolg haben, wenn er Teil eines Gesamtplans ist, der sich die Änderung eines Gesetzes oder einer Politik zum Ziel gesetzt hat. Ziviler Ungehorsam drückt die Unzufriedenheit einer Einzelperson oder einer bestimmten Gruppe gegen ein Gesetz oder eine bestimmte Politik aus.

Ziviler Ungehorsam ist zwischen legitimem politischen Protest und Aufstand anzusiedeln. Ziviler Ungehorsam kommt auf unterschiedlichste Weise zum Ausdruck. Viele haben versucht, zivilen Ungehorsam zu definieren, ihn dabei jedoch nur eingeschränkt und unzureichend erfasst. Er wird oft als gewaltfreier Akt angesehen, was nicht zwangsläufig der Fall sein muss. Andere sehen in ihm ein letztes Mittel, nachdem alle anderen gesetzlichen Mittel versucht worden sind. Manchmal muss schnell, effektiv und dramatisch reagiert werden. Die Ausschöpfung legitimer Mittel braucht aber Zeit. Die

meisten Definitionen von zivilem Ungehorsam halten der Kritik an ihm nicht stand.

Ziviler Ungehorsam muss dazu führen, dass Gesetze oder bestimmte Verfahrensweisen, gegen die protestiert wird, noch einmal überprüft werden. Ist das Gesetz demokratisch verabschiedet worden und scheint plausibel zu sein, weckt aber dennoch zivilen Ungehorsam, sollte es erneut geprüft werden. Sollte sich das Gesetz als untragbar erweisen, war der zivile Ungehorsam gerechtfertigt. Wenn eine bestimmte Politik extreme Gegenreaktionen hervorruft, mag es ratsam sein, sie nochmals auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Die Erfahrung zeigt, dass gewisse extreme Proteste am Rand des Erlaubten hier und da nötig gewesen sind. Allerdings eignet sich ziviler Ungehorsam nicht für alle Gesellschaftsformen. Manchmal, wenn extreme Formen des Protests nötig sind, mag ziviler Ungehorsam wie ein Luxus erscheinen, den sich nur ein sehr gefestigtes Regime leisten kann.